

# Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 5/05 (September bis Oktober 2005)

## Auslandseinsätze der Bundeswehr

Am 28. September beschloss der Bundestag, den **Afghanistan**-Einsatz der Bundeswehr um ein weiteres Jahr zu verlängern. Zugleich wird die Anzahl der dort eingesetzten deutschen Soldaten von 2.250 auf 3.000 erhöht und das Einsatzgebiet auf das gesamte Land ausgedehnt. (taz 29.09.05) Bereits Mitte September schickte die Bundesregierung mehrere Soldaten nach **Indonesien**, die im Rahmen eines EU-Einsatzes auf Sumatra einen Waffenstillstand zwischen der indonesischen Regierung und den Kämpferinnen und Kämpfern für die Unabhängigkeit von Aceh überwachen sollen. Die Bundeswehr befindet sich damit bereits in zehn Staaten weltweit im Einsatz. (Jungle World 21.09.05) Ca. 80 deutsche Soldaten wurden Anfang Oktober in die **Vereinigten Arabischen Emirate** zur Ausbildung irakischer Pioniere gesandt. (taz 05.10.05) Im Verlauf der Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung wurden für Auslandseinsätze der Bundeswehr mehr als sieben Milliarden Euro ausgegeben. (jW 10.09.05)

## Ausschnitte staatlicher Repression gegen demokratische und antifaschistische Kräfte

Am 5. September verbot die Bundesregierung die in Frankfurt/Main erscheinende kurdische Zeitung **Özgür Politika**. 300 Polizisten durchsuchten 60 Büros, Wohnungen und Redaktionsräume und beschlagnahmten Computer, Kameras und Schriftstücke. Von der in acht Bundesländern durchgeführten Razzia, waren auch mehrere kurdische Verlage und eine kurdische Nachrichtenagentur betroffen. (jW 06.09.05) In Aachen wurden am 28. September vier Anarchisten aus Spanien und Belgien wegen einer 20-minütigen Geiselnahme zu Haftstrafen von bis zu 14 Jahren und zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Angeklagten wurden während der Transporte zum Gericht mehrfach gefesselt, ihnen wurden Säcke über den Kopf gezogen und ihre Gehörgänge verschlossen. Personaldaten der Zuschauer wurden an die Polizei weitergegeben. (ak 21.10.05) In Berlin ist am 7. September ein Totalverweigerer zu 90 Tagesstrafen zu je zehn Euro verurteilt worden. (jW 08.09.05) Am 10. Oktober wurden in München zwei Antifaschisten, die sich militant gegen Nazis wehrten, wegen „gefährlicher Körperverletzung“ zu Arreststrafen verurteilt. Weil sich die Aussagen der sieben Nazis vor Gericht massiv widersprachen, wertete die Richterin diese Aussagen als Zeichen besonderer Glaubwürdigkeit. (jW 12.10.05) Ebenfalls in München stürmte am 19. Oktober die Polizei bei neun Antifaschistinnen und Antifaschisten die Wohnungen, führten Hausdurchsuchungen durch und beschlagnahmten Kleidungsstücke und einen Computer. Die Antifas wurden zudem zu einer DNS-Entnahme gezwungen. Vorwand der Polizei waren antifaschistische Proteste am 2. Juni dieses Jahres gegen mehrere Nazis, die sich in einer Kneipe zusammengedrängt hatten. (jW 20.10.05)

## Weitere Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland

Während von 1995 bis 2004 die Reallöhne in Schweden und Großbritannien um über 25

Prozent, in den USA und Irland um mehr als 19 Prozent und in Dänemark um mehr als 15 Prozent stiegen, sanken im gleichen Zeitraum die Reallöhne in Deutschland um 0,9 Prozent. Mittlerweile ist jeder dritte Vollzeitbeschäftigte in Deutschland ein Niedriglohnjob. (ak 16.09.05) In Bremen müssen 9.000 Menschen, die von ALG II „leben“ zwangsweise in billigere Wohnungen umziehen. (jW 01.10.05) Die Zahl der von ALG II Betroffenen in Berlin stieg von 225.000 Menschen zum Jahresanfang auf 314.000 im September. Mittlerweile ist jeder sechste Berliner Haushalt von ALG II abhängig. (jW 12.10.05) Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg 2004 in Hessen um 9 Prozent auf 101.500 Haushalte gegenüber 2003. (FR 09.09.05) Gegenüber Ende der 90er Jahre wurde Sozialhilfeempfängern eine 20-prozentige Einbuße ihrer Bezüge zugemutet. (FR 12.10.05) Die zukünftige Bundeskanzlerin Merkel kündigte bereits an, dass die Renten im nächsten Jahr zum drittenmal in Folge nicht steigen werden. Stattdessen sollen über eine Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages für Senioren die Renten sinken. Gleichzeitig wird das Renteneintrittsalter von 2011 an schrittweise um einen Monat angehoben und soll auf 67 Jahre steigen. (jW 21.10., 22.10.05, FR 28.10.05) 2004 sank die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze um 9 Prozent auf 410.697. Nur knapp 30 Prozent aller Betriebe bieten eine Ausbildung an. 400.000 Jugendliche werden zur Zeit in „berufsvorbereitende Maßnahmen“ abgeschoben unter dem Vorwand, sie seien nicht ausbildungsfähig. In Ostdeutschland kommen auf eine Lehrstelle 13 Bewerberinnen und Bewerber. (jW 13.10.05) Von 1998 bis 2003 stiegen in den Haushalten die Ausgaben für Heizung, Strom und Kraftstoffe um über 25 Prozent. Im September dieses Jahres stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat die Kraftstoffpreise um über 17 Prozent und Heizöl verteuerte sich um 40 Prozent. (jW 23.09., 13.10.05)

## Antisemitismus in Deutschland

Mitte Oktober begann in **Berlin** eine Serie antisemitischer Schmierereien nach einem identischen Muster. Jüdische Gedenkstätten und Grabsteine, sowjetische Ehrenmale und öffentliche Gebäude wurden mit Davidsternen beschmiert. Bis Ende Oktober stieg die Zahl dieser antisemitischen Schmierereien auf 30 an. Die offizielle Zahl antisemitischer Straftaten stieg in Berlin bis August 2005 auf 147 Fälle gegenüber 120 Fällen im Vorjahreszeitraum. (taz 19.10., 26.10., jW 20.10., Berliner Morgenpost 30.10.05) Im Landkreis **Aitkenkirchen** (Rheinland-Pfalz) wurde in der Nacht zum 23. September zum wiederholten Male ein jüdischer Friedhof verwüstet. Grabsteine sind zerstört oder mit Hakenkreuzen beschmiert worden. (Jungle World 12.10.05) In **Berlin** wurde Ende September das Ehrengrab eines jüdischen Komponisten beschädigt. (Jungle World 05.10.05) Ebenfalls in **Berlin** wurde am 3. Oktober das jüdische Mahnmal in Tiergarten mit schwarzer Farbe beschmiert. (Jungle World 12.10.05)

## Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Erst am 20. August wurde in der Öffentlichkeit bekannt, das am 22. Juli in **Mannheim**

(Baden-Württemberg) ein 25-Jähriger von Nazis so schwer verprügelt wurde, dass er beinahe ums Leben kam. Das Opfer erlitt einen Schädelbasisbruch und Hirnblutungen. Ein Freund des 25-Jährigen, der ihm helfen wollte, wurde ebenfalls verprügelt. Am 20. August ist in **Mannheim** ein 17-Jähriger von drei Nazis in einer Straßenbahn verprügelt worden, der gegen ihre rassistischen Parolen protestiert hatte. Hilfe von Fahrgästen in der vollbesetzten Straßenbahn blieb aus. (anna 08.09.10) In **Berlin-Hellersdorf** wurde am 10. September ein 49-jähriger Afrikaner von drei Nazis überfallen und verprügelt. Das Opfer musste im Krankenhaus behandelt werden. Die von der Polizei festgenommenen Täter wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Am 12. September überfielen in **Eisenhüttenstadt** (Brandenburg) zwei Nazis einen 19-jährigen Polen und verprügelten ihn. Während der 19-Jährige im Krankenhaus behandelt werden musste, wurden die Nazis nach ihrer Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. (Jungle World 21.09.05) In **Wittenberg** (Sachsen-Anhalt) ist Mitte September ein türkisches Imbisslokal verwüstet und ausgeraubt worden. (taz 14.09.05) In **Halle** (Sachsen-Anhalt) haben Mitte September vier Nazis einen 30-jährigen Mann aus Gambia in einer Straßenbahn verprügelt. Die Nazis sind kurz nach ihrer Festnahme wieder freigelassen worden. (Jungle World 28.09.05) Am 12. Oktober verübten Nazis in **Kleinwulkow** (Sachsen-Anhalt) einen Brandanschlag auf eine Pension, die von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt ist. Das Feuer konnte noch rechtzeitig gelöscht werden, bevor jemand verletzt wurde. (Jungle World 19.10.05) Mehrere mexikanische Musiker wurden am 15. Oktober auf einer Autobahn-Raststätte in der Nähe von **Neuruppin** (Brandenburg) von einer Nazi-Gruppe überfallen.

## Abbonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 6 EUR

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:  
**Buchladen Georgi Dimitroff**  
Speyerer Str. 23  
60327 Frankfurt/M.  
Fax: 069 / 730920

Die Opfer, die sich gegen den Überfall wehrten und dabei drei Nazis verletzt wurden, wurden von der Polizei beschuldigt, die Nazis angegriffen zu haben. (FR 20.10.05) Offiziell stieg die Zahl der Nazi-Straftaten in der ersten Jahreshälfte 2005 gegenüber dem Vorjahreszeitraum bundesweit um 1.051 auf 4.865. (taz 05.09.05)

### Anti-Nazi-Kämpfe

Ende August protestierten 250 Menschen in **Berlin-Neukölln** gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis. 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten, den von der Polizei geschützten Nazi-Aufmarsch militant zu verhindern. (taz 01.09.05) Am 3. September demonstrierten in **Berlin** 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis, der von 1.500 Polizisten geschützt wurde. Am selben Tag demonstrierten 800 Antifas in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 250 Nazis. Den Antifas gelang es, den Nazi-Aufmarsch für eine halbe Stunde zu blockieren. Acht von ihnen wurden von der Polizei festgenommen, die mit Schlägen und Tritten die Blockade angegriffen hat. Gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, der von 3.000 Polizisten geschützt wurde, demonstrierten ebenfalls am 3. September 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Oldenburg** (Niedersachsen). Die Polizei nahm 50 von ihnen zeitweilig fest. (jW 05.09.05) 50 Antifas protestierten am 4. September in **Wunsiedel** (Bayern) gegen eine Wahlkampfveranstaltung von 100 Nazis der NPD. (PB 07/09) Am 10. September demonstrierten 2.000 Antifas in **Hamburg** gegen ein Nazi-Geschäft auf St. Pauli. 200 Antifas protestierten am selben Tag in **Magdeburg** gegen zwei Nazi-Aufmärsche in der Stadt mit insgesamt 150 Nazis. (jW 12.09.05) Gegen ein Nazi-Geschäft vor Ort und für die Rechte von Flüchtlingen demonstrierten am 17. September 500 Antifas in **Hennigsdorf** (Brandenburg). (jW 19.09.05) In **Potsdam** demonstrierten am 24. September 650 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Nazi-Terror. Am Rande der Demo überfielen Nazis eine Antifaschistin, bewarfen sie mit Steinen und fügten ihr schwere Kopfverletzungen zu. (jW 26.09.05) 2.000 kämpferische Antifas verhinderten am ersten Oktoberwochenende in **Leipzig** durch eine Blockade einen Nazi-Aufmarsch. Die 170 Nazis, die von 2.100 Polizisten geschützt wurden, kamen nur wenige hundert Meter weit. Am selben Wochenende protestierten 120 Menschen in **Görlitz** (Sachsen) gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis. Demonstrationen gegen Nazi-Terror und Nazi-Aufmärsche fanden im selben Zeitraum auch in **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) und **Lampertheim** (Hessen) statt. (taz 04.10.05) In **Wernigerode** (Sachsen-Anhalt) griffen am 7. Oktober ca. 40 Antifas militant eine Nazi-Gruppe an, jagte sie auseinander und verpasste zwei Nazis einen Denkzettel. (taz 10.10.05) 1.000 Menschen protestierten am 8. Oktober in **Eisenach** (Thüringen) gegen 250 Nazis, die sich dort zu drei Kundgebungen zusammengerötet hatten. (taz 10.10.05) Am 14. Oktober protestierten in **Wernigerode** 300 Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. 150 Menschen beteiligten sich am 15. Oktober in **Schönebeck** (Sachsen-Anhalt) an einer Kundgebung gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. (FR 17.10.05) 500 Antifas demonstrierten am 22. Oktober in **Berlin-Pankow** gegen 120 Nazis, die dort aufmarschierten. Die Polizei nahm neun Antifas fest. (taz 24.10.05) In **Göttingen** (Niedersachsen) verhinderten am 29. Oktober 3.200 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch

milante Kämpfe einen Aufmarsch von 350 Nazis, der nach wenigen hundert Metern beendet war. (Berliner Morgenpost 30.10.05)

### Kämpfe und Proteste gegen den deutschen Militarismus

In **Bochum** (Nordrhein-Westfalen) protestierten Anfang September Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gegen eine Feier der Bundeswehr anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens. Die Bundeswehr hatte dazu den Kirmesplatz der Stadt besetzt und vom 8. bis 12. September zum „militärischen Sperrgebiet“ deklariert. Protestierenden wurde der Zutritt verweigert. Am 9. September beteiligten sich 300 Menschen an einem antimilitaristischen Fest in der Innenstadt. (jW 12.09.05) In **Köln** (Nordrhein-Westfalen) protestierten Gegnerinnen und Gegner des deutschen Militarismus am 21. September im Kölner Dom gegen ein dort stattfindendes Gelöbnis von 280 Soldatinnen und Soldaten. Schon am frühen Morgen protestierten Friedensgruppen mit Mahnwachen und Aktionen gegen das Gelöbnis. Am Abend desselben Tages demonstrierten 200 Menschen vor dem Dom gegen den „Großen Zapfenstreich“ der Luftwaffe. (FR 22.09.05, taz 23.09.05) 2.000 Menschen, die am 26. Oktober in **Berlin** gegen den „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr protestierten, wurden mit massiver Polizeigewalt konfrontiert. Die Polizei griff die Demonstrierenden immer wieder mit Schlagstöcken an und prügelte auf sie ein. Einer Frau wurden dabei die Beine gebrochen. (jW 28.10.05) Am 8. September begann eine Bürgerinitiative in **Berlin** mit einer viertägigen Mahnwache vor dem Brandenburger Tor. Die Bürgerinitiative protestierte damit gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Bereits seit 13 Jahren kämpfen sie gegen die Nutzung des Geländes als Bombenabwurfplatz der Bundeswehr. (taz 09.09.05)

### Proteste gegen den staatlichen Abschiebeterror

In mehreren Städten führten Flüchtlingsinitiativen am 28. August einen Aktionstag gegen Abschiebungen und Abschiebehaft durch, um auf die Situation davon betroffener Flüchtlinge aufmerksam zu machen und sich mit ihnen zu solidarisieren. In **Greifswald** (Mecklenburg-Vorpommern) wurde in diesem Zusammenhang mit einem Straßentheater die menschenverachtende Abschiebung von Flüchtlingen aus Togo inszeniert. (anna 08.09.05) 100 Flüchtlinge aus Berlin und Brandenburg demonstrierten am 9. September in **Berlin** vor den Bundeszentralen von SPD, CDU, Grünen und Linke.PDS um gegen die deutsche Flüchtlingspolitik zu protestieren. (taz 10.09.05) 440 Antirassistinnen und Antirassisten protestierten Ende September mit einer Kundgebung und einer Demonstration gemeinsam mit Flüchtlingen in **Bramsche** (Niedersachsen) gegen das dortige Abschiebelager und forderten eine öffentliche Inspektion der Zustände im Lager. Einen Tag später protestierte das No-Lager-Netzwerk gegen die Abschiebelager in **Horst** und **Schwerin** in Mecklenburg-Vorpommern. (FR 28.09.05) Am 22. Oktober demonstrierten 80 Menschen in **Wesel** (Nordrhein-Westfalen) gegen die drohende Abschiebung einer kurdischen Familie in die Türkei. (jW 24.10.05)

### Streikkämpfe in Frankreich

Ende September begannen in Frankreich Streikkämpfe von Seeleuten und Hafentarbeiterinnen und Hafentarbeitern. Anlass war die geplante „Privatisierung“ der staatlichen Fährgesellschaft SNCM. Am 27. September

besetzten die Werktätigen den Hafen von Marseille, den größten Hafen des Landes, und blockierten ihn im Widerstand gegen die Polizei, die versuchte, die Streikenden gewaltsam zu vertreiben. 36 Schiffe im Hafen wurden durch die Blockade am Auslaufen gehindert. Hafentarbeiter aus Korsika beschlagnahmten kurzerhand ein Schiff und nahmen Kurs nach Korsika, um auf diese Weise gegen die „Privatisierung“ zu kämpfen. Die französische Regierung setzte umgehend ihr Militär in Marsch. Mit fünf Hubschraubern wurden schwerbewaffnete Eliteeinheiten auf das Deck des beschlagnahmten Schiffes abgesetzt. Die 30-köpfige Besatzung des Schiffes wurde in Handschellen gelegt. Den an der Beschlagnahmeaktion beteiligten Gewerkschaftern drohen bis zu 20 Jahre Gefängnis. Währenddessen verschärfen sich die Kämpfe weiter. Am 30. September wurden auch sämtliche Häfen von Korsika durch Streikende blockiert. Zugleich begann ein Streikampf des Flughafenspersonals auf der Insel, so das 4.000 Touristen in Korsika festsaßen. Auch die Warenlieferung auf Korsika unterlag der Blockade. Medikamente und Treibstoffe mussten bereits kurze Zeit später rationiert werden. Am Abend des 3. Oktober begann in ganz Frankreich ein 24-stündiger Generalstreik der öffentlichen und privat-rechtlichen Angestellten. Sämtliche Gewerkschaften hatten zu Streiks an dem Folgetag aufgerufen. Laut einer Umfrage befürworteten 74 Prozent der Franzosen den Streik. Der Generalstreik richtete sich u. a. gegen die hohe Arbeitslosigkeit, gegen die niedrigen Löhne und gegen „Privatisierungen“ staatlicher Betriebe. In Paris fielen 400 Flüge aus. Im ganzen Land war der öffentliche Verkehr fast vollständig lahmgelegt. Insgesamt gingen eine Million Menschen auf die Straße. Allein in Marseille demonstrierten 100.000 Menschen. Derweil streikten die Hafentarbeiterinnen und Hafentarbeiter weiter und hielten ihre Blockade des Marseiller Hafens zwei Wochen lang aufrecht. Die französische Regierung sah sich zu einem Kompromiss gezwungen, der darauf hinausläuft, das Aktienanteile in Höhe einer Sperrminorität nicht „privatisiert“ werden. Während der Streik in den Häfen beendet wurde, streikten die Beschäftigten der Erdölraffinerien und der Marseiller Verkehrsbetriebe RTM weiter, die anfänglich in einen Solidaritätsstreik mit den Hafentarbeiterinnen und Hafentarbeitern getreten waren und nun eigene Forderungen aufstellten. (taz 28.09.05, jW 29.09, 01.10, 12.10.05, FR 05.10.05, Jungle World 19.10.05)

